

BIODIVERSITÄT: Podiumsdiskussion mit Grünen und bürgerlichen Bauern

# Im Zeichen des Abstimmungskampfs



Auf dem Podium: Marcel Liner, Irène Kälin, Ralf Bucher (Moderator der Diskussion), Martin Rufer, Andreas Meier (v.l.) (Bild: Daniel Salzmann)

Die Biodiversitätsinitiative war das Thema der Veranstaltung «Agrarpolitik an der Liebegg». Die über hundert Anwesenden bekamen die Spannungen zwischen Bauernverband und Pro Natura direkt mit.

ANINE HUNGERBÜHLER  
DANIEL SALZMANN

Zuerst war Pro Natura an der Reihe. Deren Agrarpolitikchef Marcel Liner erklärte die Gründe zur Lancierung der Biodiversitätsinitiative. Der Verlust an Biodiversität sei messbar und besorgniserregend. Für ihn sind bei der «Biodiversitätskrise» alle Sektoren gefordert. Nach ihm begründete Direktor Martin Rufer das Nein des Schweizer Bauernverbandes. Ihm zufolge würde die Initiative den ländli-

chen Raum massiv lähmen. Beim anschliessenden Podium hatte er Mitte-Nationalrat und Winzer Andreas Meier neben sich. Meier merkte an, dass eine Verfassungsänderung einen riesigen Aufwand mit sich brächte und die Landwirtschaft heute aus Eigeninitiative schon viel für die Biodiversität tue. Zudem schrecken ihn die grossen Kosten der Initiative ab: «Von den 400 Millionen, die zusätzlich ausgegeben werden sollen, ginge ein grosser Teil für Kontrollen verloren.»

## Rufer dankt Liner

Liner anerkannte, rein flächenmässig habe die Landwirtschaft das gesetzte Biodiversitätsziel erfüllt. Das Biodiversitätsproblem gehe aber tiefer und sei auch im hohen Tierbesatz, dem damit verbundenen Kraftfutterzukauf sowie dem Ausbringen von Insektiziden begründet. Daran seien aber nicht die einzel-

nen Betriebe schuld, sondern das gesamte Landwirtschaftssystem. Rufer reagierte wie folgt: «Herzlichen Dank, Marcel, für diese Offenheit und Transparenz, nun haben wir gehört, worum es wirklich geht: um den Abbau der Nutztierbestände. Das ist das Ziel, das wahrscheinlich auch mit dieser Initiative angestrebt würde.» Er wollte von Liner wissen, wo die zusätzlich geforderten Flächen zu liegen kommen sollen, wenn nicht massgeblich auf der Landwirtschaftsfläche. Denn laut einer von Rufer zitierten Medienmitteilung von Pro Natura müssten 880000 ha zusätzliche Biodiversitätsvorrangflächen definiert werden, da für Pro Natura nur 8% der Schweizer Landesfläche den Kriterien genügen und die Organisation auf die Einhaltung des 30%-Ziels pocht. Liner nannte darauf als Beispiel lichtfreie Korridore im Siedlungsgebiet und die Schaffung eines zweiten

Nationalparks, ohne konkreter zu werden. Grünen-Nationalrätin Irène Kälin, die neben Liner stand, wies an dieser Stelle darauf hin, dass im Initiativtext keine Zahl zu den Flächen stehe. «Die Umsetzung der Initiative nach einem Ja des Volks läge in der Hand des Parlamentes, das bekanntlich bauernfreundlich ist.» Die Landwirtschaft sei heute ein Sektor, der zu Recht schon viel machen muss und dies auch tue. «Darum verstehe ich nach wie vor nicht, weshalb ich euch hier als Gegner habe, eigentlich müssten wir alle im selben Boot sitzen», so Kälin.

## Einwand von Alois Huber

In der Fragerunde kritisierte SVP-Nationalrat Alois Huber, dass Liner und Kälin der Landwirtschaft nun Honig ums Maul strichen während sie sie sonst hart kritisieren und gar bei ihnen sparen möchten, er bitte um Ehrlichkeit. Liner sagte, er habe zwei

Herzen in seiner Brust. Eines für die einzelnen Bäuerinnen und Bauern, die viel für die Biodiversität täten. Eines für den Sektor, der die Umweltziele nicht erfüllte. Kälin bat um Genauigkeit: Die grüne Fraktion sei bei der Budgetdebatte bezüglich Landwirtschaft gespalten gewesen.

## «Ihr habt noch Glück»

Das Schlusswort hielt Christof Hagenbuch, Präsident des Bauernverbands Aargau. Er ermutigte die Umweltseite, vor der Lancierung solcher Initiativen jeweils mit der Landwirtschaft zu reden, das lohne sich. Er überreichte den Gästen einen Geschenkkorb von der Liebegg. Zu Liner und Kälin sagte er: «Ihr habt natürlich grosses Glück, nach Annahme der Biodiversitätsinitiative wäre dieser um rund einen Drittel kleiner, weil wir weniger produzieren können.» Viele im Saal lachten.

NACHRICHTEN

## Dem SVP-Präsidium steht nichts im Wege

«Der Entscheid ist gefällt», sagte Landwirt Marcel Dettling in einem am Samstag veröffentlichten Video-Interview auf blick.ch. «Ich werde mich für das Präsidentenamt der Schweizerischen Volkspartei bewerben», so der 42-jährige Landwirt und Nationalrat aus dem Kanton Schwyz. Der SVP-Wahlsieg vom letzten Herbst mache einen Start als SVP-Präsident nicht etwa einfacher als vor vier Jahren, als die SVP Verluste eingefahren habe: «Die Wähler haben riesige Erwartungen, dass wir jetzt Lösungen präsentieren in den Bereichen Asyl und Zuwanderung», sagte Dettling in der SRF-Samstagrundschau. Die SVP-Delegierten wählen den neuen Präsidenten Ende März, das Rennen dürfte mit der Kandidatur von Kronfavorit Dettling aber gelaufen sein. hal

## «Bauernverband mit passiver Haltung»

Das Bäuerliche Zentrum Schweiz, vertreten durch Präsident Heinz Siegenthaler aus Fankhaus in der Gemeinde Trub BE, ist von der passiven Haltung des Schweizer Bauernverbands enttäuscht. «Die aktuelle Lage der Schweizer Landwirtschaft ist angesichts erdrückender Vorschriften und einer geplanten weiteren Zunahme der Regulierungen unter dem Diktat von Klimazielen sehr schwierig», heisst es in einer Mitteilung. «Wie realitätsfremd der grüne Nationalrat aus Suberg BE ist, hat er in seinem Statement in der SRF-Sendung «10 vor 10» am Freitagabend mit der Aussage bewiesen, die Bauern sollten nicht nur neue grosse und teure Traktoren kaufen, damit das Geld besser reichen würde. Die Familie Vanessa und Patrick Monhart aus Wildensbuch ZH, die nicht 130000 Franken aus einem Nationalratsmandat erhält, konnte im SRF-Beitrag mit ihren alten Traktoren aber das Gegenteil von Kilian Baumann aufzeigen», so das BZS. Vom Bauernverband habe man nur wenig Solidaritätsbekundungen zu den deutschen Bauern gehört und der Forderung nach Preiserhöhungen zum Ausgleich der teureren Kosten bei uns sei zu wenig Nachdruck verliehen worden. Die Forderung nach Margentransparenz sei jetzt sehr aktuell. Das BZS habe sich in den Jahren 2000 bis 2007 für die Agrarplattform engagiert, in der die Detailhändler mindestens ansatzweise Einblick in ihre Rechnung gegeben hätten. Der Milchpreis sei ja schon wieder gesunken, das sei geradezu verückt, so das BZS mit Präsident Siegenthaler. sal

## «Kein Tummelplatz der extrem Rechten»

Die Bauerngewerkschaft Uniterre zeigt sich in einer Mitteilung mit den deutschen Bauern solidarisch: «Wie in Litauen und in Deutschland können sich auch die Schweizer Produzenten nicht mehr über Wasser halten», schreibt sie. Da mit Uniterre verbundene Organisationen wie die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ebenfalls zu Demonstrationen aufgerufen habe, sei diese Wut weder ein Tummelplatz der extremen Rechten noch signalisiere sie Unbetroffenheit gegenüber der ökologischen Katastrophe. Für die Schweiz fordert Uniterre höhere Importzölle auf Agrarprodukten, Lenkungsabgaben auf Futtermittelhandel und einen Stopp des Strukturwandels. hal

DEUTSCHLAND: Protestwoche gipfelt in Grosskundgebung

## Finanzminister ausgebuht

Die Protestwoche der Landwirte erreichte am Montag ihren Höhepunkt. Finanzminister Christian Lindner stellte sich den Protesten.

Rund um das Brandenburger Tor in Berlin blockieren Tausende Traktoren und Lastwagen die Strassen. Die Polizei sprach von rund 6000 Fahrzeugen und von 8500 Teilnehmern. Der Deutsche Bauernverband sprach von fast 30000 Demonstranten. Der Anlass war der Höhepunkt der Bauerndemonstration.

## «Zu viel ist zu viel»

Die Bundesregierung will im Haushalt 2024 die seit mehr als 70 Jahren bestehende Agrardiesel-Rückvergütung kürzen. Derzeit können die Bauern 21,48 Cent pro Liter zurückfordern. Die Abschaffung der Rückerstattung bei der Mineralölsteuer soll nicht in einem Schritt vollzogen werden. Sie soll erst bis 2026 vollständig erfolgen. 2024 soll die Rückerstattung zunächst um 40 Prozent gekürzt werden.

Der Präsident des Deutschen Bauernverbands, Joachim Rukwied, bekräftigte am Montag die Position des Verbands. «Zieht die Regierung die Steuererhöhungsvorschläge zurück, dann ziehen wir uns zurück. Es reicht, zu viel ist zu viel», sagte er am Brandenburger Tor. Die Branche sei gesprächsbereit. Der von der Bundesregierung angebotene Kompromiss sei aber nicht fair, sondern faul. «Den nehmen wir nicht hin», stellte Rukwied



Finanzminister Christian Lindner (r.), neben ihm Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied. (Bild: Screenshot Youtube)

klar. Die Demonstration sei ein Zeichen an die Politik für einen Neuanfang. «So kann es nicht weitergehen», führte er aus.

## Lindner ohne Versprechen

Der Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) nahm die Einladung des Bauernverbandes an, vor den Bauern zu sprechen. Er zeigte Verständnis für die Situation der Landwirte. Mit den Sparplänen habe man zu schnell zu viel verlangt von den Bauern. Deshalb habe die Regierung die Kürzungen abgeschwächt.

Er machte den Landwirtinnen und Landwirte keine Hoffnung auf weitere Zusagen. «Ich kann Ihnen heute nicht mehr staatliche Hilfe versprechen aus dem Bundeshaushalt», sagte Lindner. Steigende Zinsen würden den Bundeshaushalt in Milliardenhöhe belasten. Zudem stünden hohe Investitionen in die Sicher-

heit und in die Infrastruktur an. Deshalb müsse jede Branche Kürzungen hinnehmen.

Der Finanzminister versprach hingegen Entlastung bei den Belastungen. Es brauche eine Agrarpolitik, die die wirtschaftliche Existenz sichere, sagte er. Lindner machte sich für mehr Freiheit und Anerkennung stark. Er will die «ideologische Bevormundung» beenden. Er hinterfragte die EU-Pläne für Flächenstilllegungen. Zudem will er Anpassungen bei der Einkommenssteuer. Schwankende Gewinne sollen berücksichtigt werden. Eine Tarifglättung oder eine steuerfreie Risikorücklage werde von ihm geprüft, führte Lindner aus.

Bei den Landwirten konnte Lindner gar nicht punkten. Seine Rede wurde von einem gellenden Pfeifkonzert und Rufen wie «Hau ab» oder «Du kannst nach Hause gehen» begleitet. blu/hal

ITALIEN: Von der Aushilfe zum Betriebsleiter

## 20 000 Gastarbeiter mit eigenem Betrieb

In Italien ist es möglich, als Gastarbeiter anzufangen und sich zum eigenen Landwirtschaftsbetrieb hochzuarbeiten.

Die Zahl der Ausländer, die in Italien einen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb führen, ist in den vergangenen fünf Jahren um 28% gestiegen und belief sich im Juni 2023 auf 20175. Das berichtete der mitgliederstärkste Landwirtschaftsverband Coldiretti gegenüber der Tageszeitung «La Repubblica». Bei diesen Landwirten handle es sich vornehmlich um ehemalige Saisonarbeiter, die den Sprung zum Unternehmer gewagt und geschafft hätten. Der Grossteil dieser Betriebe finde sich in der Toskana und auf Sizilien.

## Rumänen auf Platz 1

Die Landwirtschaft weist laut Coldiretti hinsichtlich dieses Geschehens das stärkste Wachstum unter allen Branchen auf. Das habe damit zu tun, dass der Grossteil der Migranten aus Ländern komme, wo die Landwirtschaft noch einen relativ grossen wirtschaftlichen Stellenwert einnehme. Die Gesamtzahl der ausländischen Erwerbstätigen in der italienischen Landwirtschaft bezifferte Coldiretti unter Berufung auf das Studien- und Forschungszentrum Idos mit Stand 31. Dezember 2022 auf 361820, was im Vergleich zu Ende 2021 rund 3500 mehr waren. So ist nun jeder 18. ausländische Arbeiter in Italiens Landwirtschaft selbst-

ständiger Betriebsleiter. Erstmals seit Längerem sei die Zahl der Rumänen gesunken, ferner auch die der Landarbeiter aus Bulgarien, dem Senegal, aus Nigeria, Mali und Gambia. Zugewonnen habe dagegen wieder die Zahl der Marokkaner. Von den Ende 2022 in der italienischen Landwirtschaft Beschäftigten waren 78214 Rumänen, 39021 Inder, 38051 Marokkaner, 35474 Albaner, 16229 Senegalesen, 15095 Pakistani und 14071 Tunesier. Die Zahl der ukrainischen Landarbeiter, die sich in den Jahren zuvor um die 5000 bewegt hatte, lag Ende 2022 bei knapp 7200.

## Tragische Berichte

Die erfreulichen Nachrichten werden aber immer noch von einem grossen Problem überschattet. Wie die «Berliner Morgenpost» schreibt, mehrten sich in Italien tragische Berichte über unterbezahlte Feldarbeiter, die unter extremen Bedingungen Gemüse und Obst ernteten. Im Hintergrund ziehe die Mafia die Fäden, vor allem in Süditalien. Sie kontrolliere die gesamte Produktionskette – von der Herstellung, über den Transport, den Vertrieb und den Verkauf, heisst es in einem Bericht des Bauernverbands Coldiretti. Das System hat in Italien längst einen eigenen Namen: Agromafia. Das italienische Gesetz gilt europaweit als vorbildlich. Doch nicht immer wird es angewendet. Zuletzt kam es sogar zu Todesfällen aufgrund der Hitze, so die «Morgenpost» weiter. AgE/tst